

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1881

66 (4.6.1881)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-424674](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-424674)

fangen und sachlich zu prüfen und dem als nützlich Erkantenen ihre Unterstützung zu leisten. Dies gilt namentlich auch von den Vorkämpfern, welche für die arbeitenden Classen die Förderung der Wohlfahrt und den Schutz gegen die Folgen von Unglücksfällen im Auge haben. Wenn der natürlichen und übernommenen Verpflichtung werden wir der socialistischen Bewegung nicht lediglich durch die Niederhaltung drohender gewaltthätiger Ausbrüche, sondern vor Allem auch durch positive Maßregeln für das Wohl der arbeitenden Classen entgegenzutreten bemüht sein. Alle Bestrebungen, gleichviel von welcher Seite sie kommen, welche auf die Schwächung der verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung und auf die Rückkehr zu abgelebten Formen unserer wirtschaftlichen Lebens gerichtet sind, wird die Partei mit Entschiedenheit bekämpfen. Sie ist jederzeit bereit, dazu beizutragen, daß ein friedliches Verhältnis zwischen Staat und Kirche wieder hergestellt und aufrecht erhalten wird. Sie weiß auch sehr wohl die große Bedeutung des kirchlichen Lebens für unser Volk zu würdigen; aber den notwendigen und unveräußerlichen Rechten des Staates gegenüber der Kirche wird sie keinen Abbruch geschehen lassen, namentlich auch nicht auf den Gebieten der Schule und der Ehegesetzgebung, wo Uebergriffe kirchlicher Reaction gerade in Deutschland stets am peinlichsten empfunden sind und am unheilvollsten gewirkt haben. Entschlossen, die bestehende gewerbliche Gesetzgebung und die auf ihr beruhende wirtschaftliche Freiheit gegen reactionäre Angriffe zu verteidigen, halten wir an der Ueberzeugung fest, daß entgegenstehende Meinungen über Schutz Zoll und Freihandel nicht zur Grundlage politischer Parteibildung dienen dürfen. Die Verschiedenheit der landschaftlichen Interessen je nach dem Vorwiegen von Handel und Schifffahrt, von Ackerbau oder von Industrie erfordert dringend, daß innerhalb unserer Partei abweichenden Anschauungen über Zollfragen Raum gelassen wird. Ein Aufgeben dieser Freiheit würde eine über ganz Deutschland sich erstreckende nationalliberale Partei unmöglich machen. Raum vollständig zurückgedrängte politische Gegensätze von Norden und Süden, von Osten und Westen müßten in unserem noch so jungen deutschen Reiche auf das gefährlichste immer von Neuem hervorbrechen, wenn große wirtschaftliche Interessen zugleich als politische Parteien sich bekämpften. Die Steigerung der eigenen Einnahmen des Reichs und die ansehnliche Verteidigung seiner finanziellen Bedürfnisse gehört zu dem alten Programm der Partei. Sie ist einer entsprechenden Vermehrung der indirecten Reichsteuern zu diesem Zwecke nicht entgegengesetzt. Gegen das Project des Tabaksmonopols hat sie aus wirtschaftlichen, wie politischen Gründen entschiedenen Widerspruch erhoben. Vor dem Eingehen auf weitere umfassende Pläne, welche die Steuerkraft des Landes in höherem Maße in Anspruch nehmen, muß zunächst das volle und nachhaltige Ergebnis der vom Reichstage im Jahre 1879 bewilligten Zölle und Verbrauchssteuern abgewartet werden. In Preußen wird die Partei bei einer Reform der directen Steuern mitwirken, welche die Entlastung der weniger bemittelten Classen von einem Theile der ihnen auferlegten directen Steuern herbeizuführen bestimmt ist. Einer Zerschörung des directen Steuersystems oder einer wesentlichen Schwächung seiner Erträge zu Gunsten angemessener Vermehrung indirecter Steuern werden wir uns widersetzen. Für die Ueberweisung eines Theils der Grund- und Gebäudesteuer in Preußen an Communen und Communalverbände, eine alte Forderung der liberalen Partei, werden hoffentlich die im Jahre 1879 bewilligten Reichsteuern in ihren nachholigen Erträgen unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen einer umsichtigen Finanzverwaltung die Mittel bieten. Gegen eine übermäßige Centralisation der Staatsgewalt werden wir die Selbstständigkeit und die Selbstverwaltung der Gemeinden verteidigen und weiter entwickeln. Nach schmerzlichen Erfahrungen und Prüfungen der Vergangenheit ist die nationalliberale Partei aus der Ueberzeugung unseres Volks hervorgegangen, daß eine über ganz Deutschland ausgebreitete unabhängige, reactionäre wie radicalen Tendenzen gleichmäßig sich fernhaltende, durch die Unterordnung individueller Ansichten unter die großen gemeinsamen Ziele starke liberale Partei eine Nothwendigkeit ist. Ohne eine solche Partei würde ein fortwährender, die Grundfesten des Staats erschütternder Kampf zwischen extremen Richtungen, an dem andere Völker krankend und nicht zur Ruhe kommen können, unser Vaterland nicht erspart bleiben. An dieser Ueberzeugung hält die nationalliberale Partei auch in der heutigen Zeit unerschütterlich fest, wo wirtschaftliche Sorge wie politische Enttäuschung und Verbitterung das ruhige Urtheil zu verwirren und die Bevölkerung in großer Zahl dem politischen Leben zu entfremden oder extremen Richtungen nach rechts oder links zu zerstreuen drohen. Für Deutschland ist nach wie vor eine Partei nothwendig, welche die weitere Entwicklung unseres Vaterlandes auf den mühsam erkämpften Grundtagen in entschieden freirechtlichem, aber zugleich maß-

vollem und die realen Verhältnisse beachtendem Sinne erstrebt. Wir halten fest an der Zuversicht, daß diese Auffassung bei unserem Volke in Stadt und Land noch in weitestem Umfange volle Zustimmung findet. Unabhängig, in sich geeinigt, frei von Ermüdung, wie von Erbitterung, zu ernster Arbeit entschlossen, wird die nationalliberale Partei auch unter gesteigerten Schwierigkeiten ferner ihre politische Pflicht erfüllen. Parteien, welche gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, werden uns zur Verständigung und zu gemeinsamem Wirken immer bereit finden."

Die Erklärung trägt die Unterschrift von 185 Mitgliedern der Partei, Abgeordnete zum Reichstage und Mitglieder der Landtage der Einzelstaaten.

K u n d s c h a n.

* Berlin. Wie weit dem Reichstage noch in dieser Session Beschäftigungen aus der Umwahrung mit Hamburg erwachsen möchten, hängt zunächst davon ab, welche Stellung die Hamburger Bürgerschaft zu dem Vertrage einnimmt. Hierbei sei gleich bemerkt, daß Personen, welche mit den dortigen Verhältnissen bekannt sind, in diesem Augenblicke durchaus es für angezeigt halten, daß man sich zu optimistischen Vorstellungen in dieser Beziehung hinneigen möchte. Wird der Vertrag angenommen, so würde die Frage des Reichsantheils an den Kosten und möglicher Weise auch wegen anderweiter Formulierung des § 34 der Verfassung den Reichstag beschäftigen. Dagegen weiß man in unterrichteten Kreisen nichts von der angeblich beabsichtigten Vorlage, welche die Dynamit-Fabrikation lediglich durch den Staat ausgeführt wissen wollte. So viel sieht indessen verblüfft fest, daß jetzt regelmäßig ein Termin für den Schluß der Session der 22. oder spätestens der 23. Juni in Aussicht genommen ist.

* (Reichstag.) Bei der fortgesetzten Verhandlung des Unfallversicherungsgesetzes erklärte Staatssecretär v. Bötticher, die Regierung sei in erster Linie für die Reichsanstalt, welche auch die billigste Methode darstelle; sie werde eventuell auch einzelnstaatliche Anstalten im Sinne der Commission acceptiren. Der Reichstag nahm in Fortgange der Sitzung § 2a des Unfallversicherungsgesetzes in der Commissionfassung mit 145 gegen 106 Stimmen an. Der Antrag Richters war mit 130 gegen 109 Stimmen abgelehnt. § 3 wurde dem Commissionbeschlusse entsprechend abgelehnt. Der Reichstag nahm in der bis 5 1/2 Uhr Nachmittags fortgesetzten Verhandlung die §§ 4—11 unter Ablehnung aller Amendements durchweg nach den Commissionsträgen an.

* Die Reichstagsvorlage, betr. die Bewilligung von 40 Mill. Mark als Beitrag des Reichs zu den Kosten des Hamburger Zollanschlusses wird bald nach den Pfingstferien erwartet.

* Die „Prov.-Corresp.“ reproducirt die Mittheilung des Hamburger Senats an die Bürgerschaft über den Zollanschluß und sagt, der Hamburger Bürgerschaft falle namentlich die Verpflichtung zu, den Vertrag gewissenhaft zu prüfen. Die überaus günstigen und entgegenkommenden Bedingungen desselben würden von der liberalen Presse im Reich jetzt fast durchweg anerkannt, so daß die Hoffnung berechtigt sei, auch die Hamburger Bürgerschaft werde gleich ihrer Regierung in die dargebotene Hand im Interesse der freien Stadt und des Reichs einschlagen.

* Das Tabaksmonopol dürfte, wie weit das auch augenblicklich besprochen werden mag, doch wohl schon den nächsten Reichstag beschäftigen. Nachdem die bezüglichen Arbeiten, von deren Fortführung wir wiederholt zu berichten hatten, eine Weile in den Hintergrund getreten waren, sind sie jetzt in aller Stille wieder aufgenommen worden. Man sichtet das vorhandene bekanntlich überreiche Material und fordert über zweifelhafte Punkte Berichte u. dgl. mehr. Alles dies stützt sich auf die in leitenden Kreisen offen ausgesprochene Erwartung einer der Regierung ganz und gar gefügigen Majorität im nächsten Reichstage.

* Die Verhandlungen wegen des Zollanschlusses von Bremen gehen mit großer Umständlichkeit vor sich. Der Bremer Senat hat bekanntlich Bevollmächtigte zu den Vorverhandlungen mit der Reichsregierung ernannt. Einer dieser Herren arbeitet nun gegenwärtig die Vorschläge aus, auf Grund deren man überhaupt erst in die Verhandlungen einzutreten wünscht.

* „Mehr Geld, meine Herren, mehr Geld!“ Diese Mahnung hat nach der Berliner „Post“ der Herr Reichskanzler seinen Gästen aus dem Reichstage am Freitag beim Abschiede „in scherzhafter Weise“ an's Herz gelegt. In solchen Dingen scherzt Fürst Bismarck aber nicht; was er in scherzhaftem Tone sagt, ist ihm heiliger Ernst. Auch die weiteren Ausführungen, über welche die „Post“ berichtet, zeigen, daß der Reichskanzler viel Geld, sehr viel Geld zu brauchen glaubt. Er trägt Projekte im Kopfe, welche sehr bedeutende Mittel in Anspruch nehmen. Nach der Unfallversicherung, zu welcher schon bedeutende Zuschüsse erfolgen sollen,

wird die Altersversicherung für Arbeiter in Aussicht gestellt. Diese würde ungemein große Zuschüsse erfordern, welche sich noch nicht im Entferntesten übersehen lassen und die Sicherheit unserer gesammten finanziellen Verhältnisse in Frage stellen könnten. Woher soll nun das viele Geld kommen? Fürst Bismarck hat zunächst abermals darauf hingewiesen, daß der Tabak noch mehr bluten müsse; aber selbst die erhöhten Einnahmen, welche aus dem Tabakmonopol herrühren, würden zu den kostspieligen Projecten bei Weitem nicht ausreichen. Ein neues Mitglied der freiconservativen Partei hatte gehofft, daß die höheren Einnahmen aus dem Tabak dazu verwandt werden würden, die Matrikularbeiträge zu beseitigen. Fürst Bismarck hat ihm den Trost gegeben, daß dazu eine erhöhte Getränkesteuer verwandt werden könne. — Aber — möchten wir fragen — wo bleibt denn die Steuerreform, von der immer die Rede gewesen? Es scheint, als ob von einer Steuerreform, welche diesen Namen wirklich verdient, gar nicht weiter die Rede sein soll. Die Frage der Steuerreform ist es, um welcher willen Fürst Bismarck mit den Liberalen auseinander gekommen ist. Die Liberalen verstehen darunter einen Erlaß an drückenden Steuern und den Erlaß durch weniger drückende Abgaben. Zu einer solchen haben sie sich bereit erklärt, aber nur, wenn der Steuernachschuß und die neue Steuerbewilligung auf denselben Betrage ausgegält werden, d. h. wenn Beide in demselben Gesetze verbindend festgelegt werden. Die Reichsregierung ist immer beehrt gewesen, sich nur große Einnahmequellen zu sichern, aber ebenso abgeneigt, sich dazu zu verpflichten, den Betrag derselben zu Steuernachschüssen zu verwerthen; ja sie hat die neuen und erhöhten Steuern so ausgemäht, daß dieselben die ärmeren Classen bedrücken müßten, und bei solcher Gelegenheit werden noch die constitutionellen Rechte der Volksvertretung zu mindern gesucht. So wurden die Liberalen an die Gegnerschaft zu der jetzigen „Steuerreform“ getrieben. Die 14 Millionen Steuererlaß für Preußen, welche der Zukunft wieder rückgängig gemacht werden können, sind nicht zu rechnen im Verhältnis zu den Hunderten von Millionen, welche schon bewilligt sind und noch gefordert werden. Freilich wird dieser zwanzig Ertrag gerade für die Wahlen auszubenten gesucht, indem er nicht auf die Monate verlegt wird, in welche er rechnungsmäßig fiel, sondern auf die Monate Juli, August und September, in denen oder bald nach denen wahrscheinlich die Reichstagswahlen stattfinden werden. Werden die Wähler dadurch veranlaßt werden, einen Reichstag zu wählen, welcher das „Rein- und Mehrfache“ dieses wanzigen, wahrscheinlich nicht viele Male wiederkehrenden Erlasses bewilligt? Das Schicksal der Stempelsteuer ist charakteristisch für die Steuerreform überhaupt. Die Liberalen forderten seit lange eine Reform der Stempelsteuer; sie wollten eine Stempelsteuer auf mobile Werthe, eine Hörsensteuer, bewilligen, aber nur zu dem Zwecke, die wirklich drückenden Stempelsteuern auf Immobilien zu entlasten. Statt dessen wird jetzt eine Hörsensteuer bewilligt, welche lediglich als Mehrerhöhung, als Belastung zu buchen ist. Von einer Entlastung des Immobilienstempels ist gar nicht mehr die Rede.

* Unter der Ueberschrift: „Ein neuer Erfolg des Reichskanzlers“, bringt die neueste Nummer der „Provinzial-Correspondenz“ einen längeren Artikel über die Zollanschlußfrage; der Schluß desselben lautet: „In bundesfreundlichem Sinne waren die Verhandlungen geführt, und in entgegenkommender Weise sind durch den vorläufig abgeschlossenen Vertrag Hamburg Bedingungen und Vortheile eingeräumt worden, welche beweisen, daß das Reich hierbei vornehmlich ein nationales ideales Ziel verfolgte und daß es wahrhaftig keiner Vertheidigung der Interessen Hamburgs bedurfte. Der Präliminarvertrag mit Hamburg erhält erst Gültigkeit, wenn er von der dortigen Bürgerschaft genehmigt worden. Schon jetzt darf in der vorliegenden Einigung der Reichsregierung mit der Hamburger Regierung ein Grund zu der Hoffnung gefunden werden, daß auch die Bürgerschaft es vorziehen wird, ihrer Verpflichtung gegen das Reich wie gegen die Verfassung nachzukommen, statt sich von einer politischen Partei zum Sturmboden gegen die Reichsregierung und Reichseinheit mißbrauchen zu lassen. Das bisher erreichte Ergebnis dient keinen Partezwecken, sondern der deutschen Sache. Daß es erreicht wurde gegen den Willen und gegen den Widerstand der Fortschrittspartei, wird den Erfolg ebenso wenig beeinträchtigen, wie auch der Mangel an Zustimmung und Unterstützung von Seiten der Fortschrittspartei das Reich und seine Verfassung in keiner Weise beeinträchtigt hat. Die Hamburger Frage wird hoffentlich Manchem die Augen über den Charakter der Fortschrittspartei öffnen, einer Partei, welche sich den großen und idealen nationalen Aufgaben stets widersetzt hat, und Alles aufbietet, um die Erreichung dieser Ziele zu verhindern. Zu gleicher Zeit aber hat die Hamburger Frage von Neuem auch die Ohnmacht der Fortschrittspartei zur Erreichung ihrer verderblichen Bestrebungen dargethan.“

Elsflether Bankverein, Elsfleth.

Gewinn- und Verlust-Conto.

Debet.		M.	δ	Credit.		M.	δ
1. Handlungs-Aufkosten-Conto:				1. Gewinn- und Verlust-Conto:			
Gehalte	M. 2700.—			Vortrag aus 1879.	280	52	
Geschäftsaufkosten	" 768.78			2. Zinsen-Conto:			21 287 32
			3 468 78	Zinsgewinn			
2. Netto-Gewinn:				3. Effecten-Conto:			
5% Dividende	M. 3750.—			Gewinn	1 868	38	
20% zum Reservefond von	M. 19 207.10			4. Provisions-Conto:			1 121 76
20% Tantème dem ersten	" 3841.50			Ueberschuß			
Director	" 3841.50			5. Fremdwchsel-Conto:			1 986 02
Tantème der Gesamt-				Gewinn			
Direction	" 450.—			6. Geldwechsel-Conto:			162 80
Ueberschlag auf Debetere-Conto	" 2000.—			Gewinn an Sorten			
11 2/3 % Superdividende	" 8750.—						
für gemeinnützige Zwecke	" 290.—						
Ueberschlag	" 315.02						
			23 238 02				
			26 706 80				26 706 80

Bilanz pro 1. Januar 1881.

Activa.		M.	δ	Passiva.		M.	δ
Cassa-Conto:				Actien-Conto:			
Baarbestand am 31. December 1880	36 550 95			Actien M. 150 000.—			
Diesige Wechsel-Conto:				nicht eingezahlte 50% " 75 000.—			
Bestand	236 692 60				75 000		
Fremdwchsel-Conto:				Einlage-Conto:			
Bestand	7 360 25			Einlagen auf Baufcheine	804 213 04		
Effecten-Conto:				(davon ca. 88% mit 6 Monat Kündigung)			
verschiedene Effecten	80 730 23			Diverse Creditoren-Conto:			
Mobilien-Conto:				Einlagen auf Contobuch und Conto-Corrent-			
Schränke u.	100			Creditoren			
Diverse Debitoren-Conto:				Reservefonds-Conto:			
Darlehen gegen Depot,				Bestand	19 615 28		
Conto-Corrent-Debitoren u.	M. 1 109 302.23			Debetere-Conto:			
Guthaben bei Banken	" 172 793.75			Bestand	8 500		
Hypothekarische Forderungen	" 36 095.—			Effecten-Garantiefonds-Conto:			
			1 318 190 98	Bestand	3 000		
				Dividenden-Conto:			
				5 unbezahlte Coupons pro 1879	M. 125.—		
				Coupons pro 1880	" 12 500.—		
					12 625		
				Zinsen-Conto 1881:			
				Zu zahlende Zinsen aus 1880	18 440 30		
				Gewinn- und Verlust-Conto:			
				Vortrag	315 02		
			1 679 625 01				1 679 625 01

Gesamt-Umsatz pro 1880 auf der einen Seite des Hauptbuches: M. 17 230 235.50.

Elsfleth, den 31. December 1880.

Die Direction:

Ad. Schiff. O. Diedr. Ahlers. Johannes Becker.

Vorsiehende Bilanz revidirt und richtig befunden.

Für den Aufsichtsrath:

J. D. Borgstede. J. H. Lübken. Wilh. Dettmers.

Sommerumhänge, Jaquets und Regenmäntel,
empfehlen in reichhaltiger Auswahl zu billigen Preisen.
D. G. Haumeister.



Während der Pfingstfeiertage:
Beck's Beer
vom Fass
R. Stindt.

Lindenhof bei Elsfleth.
Am ersten Pfingsttage:
Garten-Concert.

Am zweiten Pfingsttage:
BALL.

Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein
Ed. Ahlers.

Am ersten Pfingsttage:
Großer Kinderball,

wozu Eltern und Kinder freundlich eingeladen werden.

Anfang 3 Uhr.
Entrée für Kinder 20 Pf.
Musik von der Oldenb. Infanterie-Capelle.

Am zweiten Pfingsttage:
BALL.

Anfang 5 Uhr.
Es ladet ergebenst ein
Rud. Stindt.

off St. Helena, 4. Mai von Jaba
Alida, Viet von Jaba
Loreley, Siebje (15.) von Cardiff
Babia, 29. April von Cardiff
Christine, Heine von Cardiff
Corinto, 8. März von Cardiff
Therese, Widdendorff von Cardiff

Chocoladen und Cacao's
der kgl. Preussischen u. Kaiserlichen
k. Hof-Chocoladen-Fabr.:
Gebr. Stollwerck
in Cöln.
18 Hof-Diplome,
19 goldene, silberne und
broncene Medaillen.
Reelle Zusammenstellung der Roh-
producte. Vollerendete mechanische
Einrichtungen. Garantirt reine Qua-
lität bei mässigen Preisen.
Firmenschilder kennzeichnen die
Conditoreien, Colonial-, Delicatess-
u. Drogen-Geschäfte, sowie Apo-
theken, welche
Stollwerck'sche Fabrikate
führen.

Wettregeln!
Am zweiten Pfingsttage findet im Vorwerkshof ein Wettregeln, Neuenfelde gegen Elsfleth statt. Anfang Nachmittags 2 Uhr.
Mehrere Neuenfelder.
Gesellen-Krankenkasse
eingeschriebene Hilfskasse.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die nächste Auflage der Pfingstfeiertage wegen erst Sonntag, den 12. Juni, stattfindet.

Der Vorstand.
Zum deutschen Kaiser.

Am zweiten Pfingsttage:
Nachmittags von 4-7 Uhr,
Kinderball.
Entrée à Kind 15 Pfennige.

Nachher:
Ball für Erwachsene.
Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein
H. de Vries.

Glücks-Anzeige
Einladung zur Betheiligung an den Gewinn-Chancen der vom Staate Hamburg garantirten grossen Geld Lotterie, in welcher über 9 Millionen 600,000 Mark sicher gewonnen werden müssen. Die Gewinne dieser vortheilhaften Geld-Lotterie, welche plangemäss nur 100,000 Loose enthält, sind folgende, nämlich:
Der grösste Gewinn ist ev. 400,000 M.
Prämie 250,000 M. 5 Gew. a 40000 M.
1 Gew. a 150,000 M. 105 Gew. a 30000 M.
1 Gew. a 100,000 M. 263 Gew. a 20000 M.
1 Gew. a 75,000 M. 12 Gew. a 15000 M.
1 Gew. a 50,000 M. 2 Gew. a 12000 M.
2 Gew. a 40,000 M. 631 Gew. a 10000 M.
3 Gew. a 30,000 M. 873 Gew. a 5000 M.
4 Gew. a 25,000 M. 1050 Gew. a 3000 M.
3 Gew. a 20,000 M. 60 Gew. a 2000 M.
12 Gew. a 15,000 M. 100 Gew. a 1500 M.
1 Gew. a 12,000 M. 28860 Gew. a 138 M.
24 Gew. a 10,000 M. 3900 Gew. a 124 M.
5 Gew. a 8,000 M. 75 Gew. a 100 M.
3 Gew. a 6,000 M. 7800 Gew. a 94 u. 67 M.
54 Gew. a 5,000 M. 7850 Gew. a 44 u. 20 M.
Und kommen solche in wenigen Monaten in 7 Abtheilungen zur sicheren Entscheidung.
Die erste Gewinn-Ziehung ist amtlieh auf den 15. und 16. Juni d. J. festgesetzt und kostet für diese erste Ziehung das ganze Originalloos nur 6 Reichsmk. das halbe Originalloos nur 3 Reichsmk. das viertel Originalloos 1 1/2 Reichsmk. und werden diese vom Staate garantirten Original Loose (keine verbotenen Promessen) gegen frankirte Einsendung des Betrages oder gegen Postvorschuss selbst nach den entfernsten Gegenden von mir versandt.
Jeder der Betheiligten erhält von mir neben seinem Original-Loose auch den mit dem Staatswappen versehenen Original-Plan gratis und nach stattgehabter Ziehung sofort die amtliche Ziehungsliste unangefordert zugesandt.
Die Auszahlung und Versendung der Gewinnelder erfolgt von mir direct an die Interessenten prompt u. unter strengster Verschwiegenheit.
Jede Bestellung kann man einfach auf eine Postzahlungskarte machen.
Man wende sich daher mit den Aufträgen vertrauensvoll an **Samuel Weckscher senr.** Banquier und Wechsel-Comptoir in Hamburg.

Angekomm. u. abgeg. Schiffe.
Cronstadt, 27. Mai nach Grangemouth von Anna, Viet
Falmouth, 1. Juni von Catharine, Bulling nach Hongkong (Captain erkrankt)
Bordeaux, 30. Mai von Sirus, Weg Glasgow
Laguna, 3. Mai von Friederik, Dierts Marseille
Fernandina, 30. April nach Anna, Bahle Parailba
Manila, 21. April nach Humboldt, Stoll Nebenhäfen und Hongkong
Zu See gesprochen: Mai 3. „Relix“, Behrens auf 19° N u. 40° W., Mai 19. „S. S. Telling“, Hillerichs auf 23° N. und 24° W.
Des Pfingstfestes wegen erscheint die nächste Nummer Donnerstag, den 9. Juni.

Guayaquil Redaction, Druck und Verlag von L. Zeitl.